

Ein Vorschlag zur Lösung der wirtschaftlichen Krise.

Von Hauptmann im Generalstabskorps Rudolf Vints,
Leiter der Außenwirtschaftsgruppe im
k. u. k. Kriegsministerium.

Wien, 29. Oktober.

Der Beginn der großen politischen Umbildung der bisherigen Staatsform steht unter dem Zeichen wirtschaftlicher Erscheinungen, welche die Bevölkerung aller beteiligten künftigen Staatengebilde beunruhigen müssen und in ihrer weiteren Folge das ruhige Ablaufen und die folgerichtige Entwicklung jedeswes gefassten Planes und jedes beabsichtigten Systems gefährden können. Die Gefahr liegt nicht nur, wie meist angenommen wird, in der Ernährungskrise Deutschösterreichs. Die kriegswirtschaftliche Erfahrung lehrt vielmehr, daß das Ernährungsproblem an sich, herausgeschält aus der öffentlichen Wirtschaft, auf nennenswerter Dauer selbständig nicht behandelt werden kann. Der Versuch solcher Improvisationen ist gleichbedeutend mit dem Aufschub von Tagen. Die drohenden Gefahren bestehen nicht zum letzten auch darin, daß der Anschluß des gegenwärtigen wirtschaftlichen Verwaltungsapparats mit dem zukünftigen verloren gehen kann.

Scheu vor gewissen Worten ist der Beginn der Scheu vor Verantwortung: es gilt im Interesse aller, ohne Beurteilung der politischen Ziele, es gilt im Interesse der menschlichen Gesellschaft und ihrer primärsten Form, der Familie, die wirtschaftliche Anarchie zu vermeiden, über jenen Zustand der Selbsthilfe hinwegzukommen, die von jedem nächstkleineren Wirtschaftskörper aufgenommen wird, sobald der größere versagt.

Diese von niemandem gewollte Entwicklung kann eintreten, wenn nicht in letzter Stunde Maßnahmen dagegen getroffen werden.

Kein wirtschaftlicher Gedankengang scheint hierbei gefährlicher, seinem wäre energischer entgegengetreten als jener hinauschiebenden Ueberlegung, die zuerst die Lösung des politischen Problems abwartet, um sodann zur Lösung der wirtschaftlichen Fragen zu schreiten. Diese verkehrte Reihenfolge (die letzten Endes auf der historischen Ueberschätzung der Politik und Unterschätzung der Wirtschaft beruht) hat die Menschheit bereits genug gekostet. Es ist der Moment gekommen, die Reihenfolge endgültig umzustellen.

Die folgenden Erwägungen gehen darauf aus, darzulegen, daß es ebenso dringend als möglich ist, das wirtschaftliche Problem vor der Klärung des politischen anzuschneiden, ohne daß diesem durch jenes im geringsten präjudiziert werden muß. In allen Völkern und in allen Parteien wird in Kürze die Erkenntnis reifen, daß weder ihr Ziel noch irgendein anderes ohne vorherige Inangriffnahme des wirtschaftlichen Problems erreichbar ist. Der Beweis hierfür erübrigt sich: er liegt in dem anstößenden Einfluß, den das andauernde Fehlen der täglichen Bedürfnisse auf die Bevölkerung ausübt. Wer nun den bisher bestandenen weitverzweigten Apparat zur Beschaffung dieser Bedürfnisse und seine Eigenschaften kennt, dem wird es klar, daß die drohende Gefahr weder durch einen opportunistischen noch durch einen doktrinarischen Standpunkt, der sich auf das theoretisch noch unversehrte Staatsrecht stützt, auch nur hinausgeschoben werden kann. Diese Behauptung ist so lange richtig, als hungernde und frierende Menschen nicht mit Staatsrecht und Disput, sondern mit Nahrungsmitteln, Kleidern und Kohlen befriedigt werden müssen. Maßgebende Stimmen in den Nationalversammlungen sind laut geworden, daß die Wiener Zentralstellen zur Lösung des wirtschaftlichen Problems nicht mehr geeignet seien, des Problems, das gestern ein inneres war und heute ein äußeres ist. Dabei muß immer wieder vor Augen stehen, daß sich keine politische Entwicklung ungehindert vollziehen kann, wenn die betroffene Bevölkerung schweren wirtschaftlichen Erschütterungen ausgesetzt ist.

Zu deren Vermeidung scheint es als erste Maßnahme notwendig, ehestens das Problem der gegenseitigen Aus-, Ein- und Durchfuhr zwischen den künftigen Staatengebilden zu regeln und den Anschluß an das bestehende System herzustellen. Gleichzeitig müßten die Regime der primären wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Staaten festgelegt werden.

Wer soll und wer kann nun diese Probleme lösen? Das gemeinsame Ministerium des Neußern würde seine wirtschaftliche Liquidation allein durch die Anerkennung des Problems aussprechen. Jedes k. u. k. Ministerium erfährt durch den Versuch dieser Regelung, kein Ministerium der vertragschließenden Teile zu sein. Es müßten daher unverzüglich wirtschaftlich verhandlungsfähige Stellen geschaffen werden, welche von den Nationen, denen das Gestaltungsrecht ihrer Zukunft bereits eingeräumt ist, autorisiert sind. Der nächstliegende, wiewohl durch die Geschichte des Parlamentarismus kaum bewährte Ausweg, wäre die Bildung wirtschaftlicher Ausschüsse in den Nationalversammlungen. Dieser Vorgang dürfte kaum zum Ziele führen, da der Sitz in der Nationalversammlung von der Zufälligkeit des früheren Reichsratsmandats abhängig ist und somit in einem solchen Ausschusse vielleicht der politische Wille zum Ausdruck käme, sicherlich aber nicht jene Stellen vertreten wären, welche die wirtschaftliche Kraft und den wirtschaftlichen Willen der Nation verkörpern.

Auf dem Boden der Nationalversammlung fußend müßte daher ein neuer Apparat geschaffen werden, der offen und unverrückbar auf der künftigen demokratischen Grundlage der werdenden Staaten steht. Die so geschaffenen wirtschaftlichen Stellen hätten zwischen den entstehenden Nationalstaaten ein Vertragsinstrument zu schaffen, das in seinem Wesen den Wirtschaftsabkommen ähnlich ist, die bisher Deutschösterreich-Ungarn mit